

# 2017: Dreht sich der Wind gegen die grüne US-Politik?

geschrieben von Chris Frey | 4. Januar 2018

Trumps Abwicklung der alten Klimawandel-Agenda begann mit der Durchforstung von Amerikas aufgeblähter ökologischer Bürokratie seitens seines Transitions-Teams: Die Environmental Protection Agency. Da war das unter Obama massiv erweiterte Mandat der EPA; und Trumps Team schlug vor, deren Budget um ein Drittel zu kürzen, fast ein Viertel der Belegschaft zu entlassen, ihren Aufgabenbereich zu verringern und den ehemaligen Staatsanwalt von Oklahoma sowie seit Langem Kritiker der EPA Scott Pruitt zu dessen Leiter zu ernennen. Umweltaktivisten diffamierten Pruitt wütend als ‚Klimawandel-Leugner‘. In Wahrheit hat Pruitt lange Zeit darauf gedrängt, die Debatte um und die wissenschaftliche Forschung über den Klimawandel fortzusetzen. Er hat nie dafür plädiert, die Klima-Bedenken vollständig aus der öffentlichen Agenda zu entfernen.

Dann kam Trumps Ankündigung, dass er die USA aus dem Paris-Abkommen zurückziehen werde – ein Versprechend während seiner Wahlkampagne. Aber das war entgegen den Behauptungen der Aktivisten nicht das abrupte Ende der Beteiligung Amerikas an der globalen Klima-Agenda. Der Rückzug würde in Übereinstimmung mit dem Abkommen selbst erfolgen. Und es würde vier Jahre dauern, was bedeutet, dass der Rückzug nicht vollständig vor dem Ende der ersten Amtszeit von Trump wäre. Der Prozess der jährlichen Treffen des UN Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) geht weiter, mit Beteiligung der USA. Das jüngste derartige Treffen fand im November 2017 in Bonn statt.

Das Treffen in Bonn erinnerte uns daran, dass es bzgl. des Klimakonsens‘ in Deutschland großen Frust gibt. Die Verluste von Angela Merkel und ihrer CDU bei den letzten Wahlen im September bedeuteten, dass sie bisher nicht in der Lage war, eine neue Regierung zu bilden. Das ist bedeutsam, weil Deutschland und Merkel die Champions grüner Politik waren. Aber genau wie in Amerika hat eine ambitionierte Klimapolitik in Deutschland zur Schwächung des Konsens‘ bzgl. Umweltthemen beigetragen, anstatt dass sie wie von Klima-Alarmisten erhofft zur Wiederbelebung der schwindenden politischen Autorität beitrug.

Es sieht alles danach aus, als ob Deutschlands grüne Flaggschiff-Politik – das eine halbe Billion Euro teure Experiment mit erneuerbarer Energie, die Energiewende – umfassend scheitern wird hinsichtlich einer Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen um 40% bis zum Jahr 2020. Dies ist ein grandioses Scheitern einer Gastgeber-Nation, welche doch das Ziel verfolgte, dem Rest der Welt die gleiche Politik überzustülpen.

Die Rückschläge des Umweltaktivismus‘ – das endlose Wiederkäuen nicht eingetroffener Prophezeiungen, das schwache Abkommen von Paris, die

Herabstufung von Klimapolitik in den USA sowie die ebenso gescheiterte wie ruinös teure Energiepolitik – haben die Grünen gezwungen, sich nach neuen Schlachtfeldern umzusehen. Man hat sich zunehmend auf regionale Verwaltungen als auch nationale und globale Regierungen konzentriert. Michael Bloomberg und der Gouverneur von Kalifornien Jerry Brown hofften, die amerikanische Haltung auf dem Bonner Treffen zu umgehen, indem sie sich als Repräsentanten einer Koalition von US-Staaten, Industrien und Organisationen ausgaben, welche sich ‚Maßnahmen gegen den Klimawandel‘ verschrieben haben, egal welche Politik in Washington verfolgt wird.

Aber es ist nicht einfach, grün zu sein. Brown wurde bei den Bonner Gesprächen von seinen Klima-Campaigner-Genossen unterbrochen, welche ihm Komplizenschaft mit der Industrie fossiler Treibstoffe vorwarfen. ‚Halten wir euch am Boden‘, rief er den lauten Protestierern zu. Später im gleichen Jahr, als in Kalifornien Wald- und Buschbrände tobten, behauptete Brown, dass diese eine Folge des Klimawandels seien – eine durch keinerlei empirische Beweise gestützte Behauptung. Eine Untersuchung ergab, dass die Ursache für einen der größten Brände ein Unfall mit einem Kochfeuer in einem illegalen Camp Obdachloser war (hier). Der Gouverneur der vielleicht reichsten Region der Welt scheint nicht über ausreichende Kompetenz zu verfügen, die Probleme seines eigenen Staates zu lösen, wie etwa das Problem der Obdachlosen – aber dennoch jettet er zusammen mit seinen Milliardären um die Welt, um ‚den Planeten zu retten‘.

### **Full post**

Link: <https://www.thegwpf.com/2017-turning-the-tide-on-green-crap/>